Vereinbarung

über die Zusammenarbeit und die Kompetenzabgrenzung zwischen der Polizei Kanton Solothurn und den Stadtpolizeien Grenchen, Olten und Solothurn

RRB vom 14. August 2001

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn und die Einwohnergemeinden der Städte Grenchen, Olten und Solothurn gestützt auf § 23 Absatz 2 des Gesetzes über die Kantonspolizei vom 23. September 1990¹⁾

vereinbaren:

I. Allgemeines

1. Polizeiorganisation

1.1.

Die Organisation der Polizei Kanton Solothurn ist Sache des Kantons, die Organisation der Stadtpolizei Sache der Gemeinde.

1.2

Der Mannschaftsbestand und die Aus- und Weiterbildung der Stadtpolizei richten sich nach den Aufgaben, die sie zu erfüllen hat.

2. Örtliche Zuständigkeit der Stadtpolizei

2.1

Die Stadtpolizei handelt grundsätzlich auf ihrem Gemeindegebiet. Sie kann im Rahmen von Vereinbarungen zwischen anderen Gemeinden und dem Kanton auch auf deren Gebiet tätig werden.

2.2

Die Stadtpolizei ist zur Nacheile im Sinne von Artikel 356 des Schweizerischen Strafgesetzbuches befugt.

¹⁾ BGS 511.11.

511.155.1

3. Verhältnis zwischen Polizei Kanton Solothurn und Stadtpolizei

3.1

Die Stadtpolizei handelt im Rahmen ihrer Zuständigkeit selbständig.

3.2

Die Polizei Kanton Solothurn und die Stadtpolizei orientieren sich gegenseitig und gewähren Akteneinsicht nach Bedarf.

3.3

Für die dienstliche Koordination können die Kommandanten Weisungen erlassen.

II. Aufgaben

4. Kriminalpolizei

4.1

Kriminalpolizeiliche Aufgaben sind unter Vorbehalt von Ziffer 5.2 von der Polizei Kanton Solothurn zu verfolgen.

4.2

Die Stadtpolizei meldet kriminalpolizeiliche Ereignisse der Polizei Kanton Solothurn, diejenigen ausserhalb des im Aufgabenkatalog definierten Zuständigkeitsgebietes unverzüglich.

4.3

Trifft die Stadtpolizei bei einem kriminalpolizeilichen Ereignis als erste am Tatort ein, sorgt sie für die erforderlichen Sofortmassnahmen und beschränkt sich darauf, die anschliessende Tatbestandsaufnahme durch die Polizei Kanton Solothurn zu sichern.

4.4

Von der Stadtpolizei verhaftete Personen sind der Polizei Kanton Solothurn zuzuführen.

5. Sicherheitspolizei

5.1

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist Sache der Polizei Kanton Solothurn und der Stadtpolizei. Im Stadtgebiet ist primär die Stadtpolizei zuständig.

5.2

Die Stadtpolizei kann Übertretungstatbestände selbständig ahnden. Im Vermögensstrafrecht gilt dies nur für diejenigen Delikte, welche im Aufgabekatalog aufgenommen sind, ausgenommen im Rahmen gemeinsamer Patrouillen.

5.3

Die Stadtpolizei und die Polizei Kanton Solothurn sorgen für die Sicherstellung und Rückgabe entwendeter Fahrzeuge.

5.4

Die Stadtpolizei nimmt Verlust- und Fundanzeigen entgegen. Übersteigt der Wert der verlorenen oder der gefundenen Sache einen von der Polizei Kanton Solothurn festgesetzten Betrag, ist die Anzeige der Polizei Kanton Solothurn schriftlich zu melden.

5.5

Die Stadtpolizei ist für den Ordnungsdienst bei friedlichen Anlässen zuständig. Sie kann bei Bedarf durch die Polizei Kanton Solothurn unterstützt werden.

5.6

Die Polizei Kanton Solothurn ist für den Ordnungsdienst bei unfriedlichen Anlässen zuständig. Sie wird durch die Stadtpolizei unterstützt. Die Einsatzleitung liegt bei der Polizei Kanton Solothurn.

5.7

Bei Katastrophenfällen unterstützt die Stadtpolizei die Polizei Kanton Solothurn, insbesondere bei ersten Massnahmen nach § 5 des Gesetzes über die Kantonspolizei.

6. Verkehrspolizei

6.1

Beide Polizeikorps sorgen für Sicherheit und Ordnung im Strassenverkehr.

6.2

Die Stadtpolizei handelt im Vollzug der Strassenverkehrsgesetzgebung selbständig und ist primär zuständig.

6.3 Automatische Verkehrskontrollen

6.3.1 Geschwindigkeit

Auf Stadtgebiet führen Stadtpolizei und Polizei Kanton Solothurn Geschwindigkeitskontrollen durch. Dabei können sie sich gegenseitig unterstützen. Eine gegenseitige Information über Kontrollen ist erforderlich.

511.155.1

6.3.2 Lichtsignale

Die Stadtpolizei kann auf Stadtgebiet automatische Rotlichtkontrollen durchführen.

6.4

Die Tatbestandsaufnahme bei Verkehrsunfällen ist Aufgabe der Polizei Kanton Solothurn; die Stadtpolizei kann beigezogen werden.

7. Verwaltungspolizei

Verwaltungspolizeiliche Aufgaben erfüllen Polizei Kanton Solothurn und Stadtpolizei. Dies gilt insbesondere in den Bereichen Gewerbe und Handel, der Gesundheitsbelange und für Aufgaben im Rahmen des Gemeindegesetzes.

8. Patrouillentätigkeit

8.1

Polizei Kanton Solothurn und Stadtpolizei führen gemeinsame Patrouillen durch. Die Stadtpolizei ist auf solchen Patrouillen ausserhalb des Stadtgebietes zu Amtshandlungen ermächtigt und verpflichtet.

8.2

Für gemeinsame Patrouillen gelten insbesondere folgende Einsatzgrundsätze:

- Berücksichtigung der aktuellen Sicherheitslage
- hohe Einsatzmobilität in der Stadt und der Region
- annähernd gleicher Ausbildungsstand
- volle Verfügbarkeit während der gesamten Einsatzdauer.

8.3

Ausserhalb der Stadt liegt die Leitung der Patrouille bei der Polizei Kanton Solothurn. Innerhalb des Stadtgebietes richtet sich die Leitung nach der sachlichen Zuständigkeit.

9. Aus- und Weiterbildung

9.1.

Die Polizei Kanton Solothurn stellt der Stadtpolizei nach Möglichkeit Ausbildungsplätze in der Polizeischule, ihr Weiterbildungsangebot sowie Praktikumsplätze zur Verfügung.

9.2

Der Kanton stellt der Gemeinde die Selbstkosten in Rechnung.

10. Einsatzzentralen

Die Stadtpolizei kann ihre Einsatzzentrale an die kantonale Alarmzentrale (AZ) anbinden. Einzelheiten sind in einer separaten Vereinbarung zu regeln.

11. Aufgabenkatalog

Die Aufgaben der Stadtpolizei im Rahmen dieser Vereinbarung werden in einem Aufgabenkatalog genau umschrieben. Dieser wird periodisch überprüft und bei Bedarf an die veränderten Gegebenheiten angepasst. Die Zuständigkeit liegt bei den Polizeikommandanten.

12. Finanzielle Entschädigung

Die angemessene Abgeltung im Sinne von § 23 Absatz 2 des Gesetzes über die Kantonspolizei wird in einer separaten Vereinbarung festgesetzt und lehnt sich primär an den Aufgabenkatalog an.

13. Einzelheiten der Zusammenarbeit

Einzelheiten der Zusammenarbeit regeln der Kommandant der Polizei Kanton Solothurn und der jeweilige Kommandant der Stadtpolizei gemeinsam.

III. Schlussbestimmungen

14. Aufhebung geltender Vereinbarungen

Diese Vereinbarung ersetzt sämtliche Vereinbarungen mit den Einwohnergemeinden Grenchen, Olten und Solothurn.

15. Kündigungsrecht

Die Vereinbarung kann unter Einhaltung einer Frist von 24 Monaten auf das Ende des nächstfolgenden Kalenderjahres gekündigt werden.

16. Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2001 in Kraft.

Vom Gemeinderat der Stadt Grenchen am 28. August 2001 genehmigt.

Vom Stadtrat der Stadt Olten am 10. September 2001 genehmigt.

Vom Gemeinderat der Stadt Solothurn am 4. Dezember 2001 genehmigt.

Publiziert im Amtsblatt vom 1. März 2002.